

Pressemitteilung

„Wasserkraftanlagen reaktivieren und ökologisch optimieren“

Heimbach/Düsseldorf, 23.01.2004

BUND-Tagung zur Wasserkraft in Heimbach



Podiumsdiskussion zur Wasserkraftnutzung

Die Nutzung der Wasserkraft ist ein konfliktreiches Feld. Auf der einen Seite steht das Interesse an dem stärkeren Anteil dieses umweltfreundlichen und klimaunschädlichen Energieträgers, auf der anderen Seite handelt es sich bei dem Anlegen oder Reaktivieren von Wehren zur Nutzung von Wasserkraft um teilweise gravierende

Eingriffe in die Gewässerökologie. Dieses Spannungsfeld und mögliche Optimierungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wasserkraftnutzung standen im Mittelpunkt einer Fachtagung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Etwa 50 VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden folgten am 23. Januar der Einladung des BUND in das Wasser-Informations-Zentrum Heimbach (Eifel).

Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung erfordern neben Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz notwendigerweise einen größeren Anteil erneuerbarer Energien. Ziel der Bundesregierung ist die Verdopplung erneuerbarer Energien bei der Stromgewinnung bis 2010. Klaus Brunsmeier, BUND-Landesvorsitzender: „Die Frage nach einer zukunftsfähigen Energieversorgung ist von zentraler Bedeutung. Gerade das Kohleland Nordrhein-Westfalen muss seinen Energiemix drastisch ändern, um den notwendigen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können. Die Wasserkraft kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten.“ Rund 4,2 % des Stroms aus der öffentlichen Elektrizitätsversorgung in Deutschland stammen derzeit aus der Wasserkraftnutzung. Mehr als 90 % davon werden aus mittleren und großen Anlagen gewonnen, deren Potenzial als ausgeschöpft gilt. Den Rest erzeugen etwa 5.500 Wasserkraftanlagen mit einer Leistung kleiner 1 Megawatt (MW).

Gerade bei diesen Wasserkraftanlagen sieht der BUND ein nicht unerhebliches Potenzial. Bei geeigneten Rahmenbedingungen könnten dadurch zusätzliche 800 MW bereitgestellt werden.

Dabei müssten aber alle Umwelanliegen ausgewogen und differenziert berücksichtigt werden. Eine Leistungssteigerung dürfe nicht zu Lasten der ökologischen Situation der Fließgewässer gehen. Einen Neubau von Wasserkraftanlagen an bisher ungenutzten Gewässern lehnt der BUND daher ab.

Ulrich Goedecke,
Sprecher des



Wehr Altena

BUND-Landesarbeitskreises Energie: „Der BUND setzt sich für die Reaktivierung der zahlreichen stillgelegten Wasserkraftanlagen in NRW ein. Hierfür müssen im Zuge der jetzt anstehenden Novellierung des Landeswassergesetzes die geeigneten Rahmenbedingungen geschaffen und Hemmnisse abgebaut werden.“ Bei der Reaktivierung von Wasserkraftanlagen an bestehenden Wehranlagen und der Erneuerung von Wasserrechten sollten gleichzeitig auch ökologische Verbesserungen erzielt werden. Die Wiederherstellung der Durchgängigkeit für Fische und ein Mindestwasserabfluss seien daher wichtige Voraussetzungen.

Die Vorschläge des BUND für eine ökologisch optimierte Reaktivierung alter Wasserkraftanlagen und die Forderung nach verbesserten gesetzlichen oder untergesetzlichen Regelungen fanden bei den TagungsteilnehmerInnen breite Unterstützung. Einig waren sich auch alle PolitikerInnen, dass die Stromerzeugung aus Wasserkraft erhöht werden müsse. Die konkrete Umsetzung wurde jedoch kontrovers diskutiert.

Die Staatssekretärin im NRW-Umweltministerium Christiane Friedrich betonte, dass es bei der Novelle des Landeswassergesetzes (LWG) keine explizite Regelung zur Wasserkraft geben werde. Dies sei aus rechtssystematischer Sicht nicht sinnvoll.

Allerdings müssten klare und landesweit einheitliche Abwägungskriterien für die Nutzung der Wasserkraft entwickelt werden. Sie kündigte einen entsprechenden Erlass noch für das Frühjahr 2004 an.

Hardy Fuß (MdL, SPD) äußerte sein „positives Erstaunen“ darüber, dass Wasserkraftanlagenbetreiber und der BUND gemeinsam fordern, optimierte Regelungen zur Wasserkraft in das Landeswassergesetz zu integrieren. Jetzt müsse diesbezüglich „Gas gegeben werden“. Die SPD würde dies unterstützen.

Die Wasserkraftnutzung müsse stärker als bisher ausgebaut werden.

Oliver Krischer (Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen) hob das Potenzial der Wasserkraftnutzung in NRW hervor. Nur 260 der insgesamt 13.000 Querbauwerke in den NRW-Fließgewässern seien heute noch energetisch genutzt.

Die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen müsse im Landeswassergesetz angemessen berücksichtigt werden. Ohne eine öffentliche Förderung über das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und REN-Programm könnten die Potenziale aber nicht erschlossen werden.

Clemens Pick (MdL, CDU) sprach sich gleichfalls für eine vereinfachte Erschließung von Wasserkraftpotenzialen an bestehenden Bauwerken aus. Die CDU forderte eine konkrete Regelung im Landeswassergesetz durch einen eigenen Wasserkraftparagrafen. Der angestrebte Dialog mit den Betroffenen sei zu begrüßen.

Holger Ellerbrock (MdL, FDP) forderte eine neue Klimaschutzdiskussion und äußerte sich skeptisch gegenüber dem Erneuerbare Energien Gesetz, eine öffentliche Förderung erneuerbarer Energien sei abzulehnen. Die Wasserkraft sei jedoch grundsätzlich positiv zu bewerten. Hierfür müsse es einfache und klare gesetzliche Regelungen geben.

Zum Thema:

[Energieportalseite des BUND NRW](#)

[BUND-Votum für die Nutzung der Wasserkraft](#)

[BUNDposition Wasserkraftnutzung \(PDF, 98 KB\)](#)

[Naturschutz und Energieerzeugung durch Kleine Wasserkraftanlagen](#)

[vorherige PM](#)

[Übersicht der Pressemitteilungen](#)

[nächste PM](#)



[Top](#)

Aktualisierung:
28.06.04

[Spenden Sie dem
BUND NRW!](#)

[Kontakt /
Impressum](#)